

Sozialismus.de

Heft 9-2024 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Frank Deppe: Gewerkschaften in der Zeitenwende

Stephan Krull: Der 11-Punkte-Industrie-Plan der IG Metall



Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Mareike Borger, Walden Bello, Joachim Bischoff, Detlef Umbach, Wolfgang Müller, Walter Baier, Klaus Bullan, Philipp Kufferath, Klaus Lang, Andreas Nolte



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zum Antikriegstag 2024

1966 beschloss der DGB den 1. September zum Antikriegstag zu erklären. Noch in den 1980er-Jahren war der Tag über die Gewerkschaften hinaus ein Kristallisationspunkt für Aktionen einer starken Friedensbewegung. [...]

Hürden für eine Regierungsbildung in Frankreich

Nach dem Rechtsruck bei den Europawahlen, der Auflösung der Nationalversammlung und deren Neuwahl hat Olympia für Ablenkung gesorgt. Dank des Mehrheitswahlrechts und Zweckallianzen wurde der Durchmarsch von Marine Le Pens Rassemblement National (RN) gestoppt, doch klare Mehrheiten fehlen. [...]

Die brisanter gewordene Lage im Nahen Osten

Die israelische Regierung lässt Führer von politischen Feinden gezielt – auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen – ermorden, äußert sich dazu aber öffentlich nicht. Anfang August wurden binnen weniger Stunden erneut zwei hochrangige Führungspersonen der irangeführten israelifeindlichen »Achse des Widerstandes« umgebracht. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Weichenstellungen

Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: Die Destruktion des Parteiensystems Keine Mehrheiten ohne AfD und BSW in Thüringen und Sachsen	2
Mareike Borger: Privatisierung auf Kosten der Stadt. Der Verkauf von HHLA-Aktien an MSC und der zivilgesellschaftliche Protest in Hamburg ...	7

Land der unbegrenzten Möglichkeiten?

Joachim Bischoff: Konservative Revolution oder Zukunft der liberalen Demokratie? US-Wahl zwischen Kamala Harris und Donald Trump	10
Detlef Umbach: Donald Trump im Wahlkampf	18
Walden Bello: Krise des Westens, Chance für den Rest? Geschmälerete Hegemonie der USA	22

Auf- und Abstiege

Wolfgang Müller: Huawei starkes Comeback. US-Sanktionen gegen Chinas technologische Entwicklung bleiben weitgehend wirkungslos	26
Walter Baier: Die Linke und die europäische Agenda	30

Forum Gewerkschaften

Frank Deppe: Gewerkschaften in der Zeitenwende	34
Stephan Krull: Aktive Wirtschaftspolitik oder Deindustrialisierung. Die Zukunft der Fahrzeugindustrie ist entscheidend – IG Metall legt 11-Punkte-Plan vor ..	40
Sebastian Ellighaus: Gute Arbeit gegen Rechts (zur Ausgabe 2024 der von Hans-Jürgen Urbau herausgegebenen Reihe »Arbeitspolitik«)	44
Johannes Specht/Mark Baumeister: fast food workers UNITED gegen Hungerlöhne. Die Tarifrunde 2024 in der Systemgastronomie	46
Andreas Nolte: Kuba im ökonomischen Würgegriff Plädoyer zur Ausweitung gewerkschaftlicher Solidarität	48

Rückblicke

Klaus Bullan: Das Leben des Antonio Gramsci	52
Philipp Kufferath: Strategie, linker Netzwerker und sozialdemokratischer Brückenbauer. Zum 100. Geburtstag von Peter von Oertzen (1924–2008)	56

Sozialismus.de: Debatte

Klaus Lang: Ohne Demokratie und Freiheit keine nachhaltige Sicherheits- und Friedensordnung	60
Redaktion Sozialismus.de: Die Rolle von Diplomatie und Worten (zu Jan van Akens »Worte statt Waffen«)	64

Popmusik | Film | Veranstaltungen

Max Lill: You look like a Barbie!«	65
Klaus Schneider: »Die Ermittlung« (Filmkritik)	69
Veranstaltungen	68

Supplement

Roland Schneider/Hasko Hüning: Zukunft der Arbeit?	
---	--

Die Destruktion des Parteiensystems

Keine Mehrheiten ohne AfD und BSW in Thüringen und Sachsen

von ■ Joachim Bischoff und Gerd Siebecke



Foto: Archiv Sozialismus.de

Ostdeutschland hat in zwei Bundesländern gewählt und die Ergebnisse sind ein politischer Erdbeben. In Thüringen und Sachsen verzeichnet die rechtspopulistische AfD Rekordwerte. Auch die im Januar gegründete Partei »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) zieht zweistellig in die Landtage ein, obgleich die gesellschaftliche Verankerung und das programmatische Profil zu Recht die Kritik einer »politischen Zaubertüte« provozieren.¹

Besonders dramatisch ist das Ergebnis in Thüringen, wo die AfD mit ihrem Spitzenmann Björn Höcke stärkste Kraft wurde, während sich in Sachsen in einem Kopf-an-Kopf-Rennen die CDU knapp als stärkste Kraft behaupten kann. Zugleich schmieren die anderen politischen Parteien der gesellschaftlichen Mitte – SPD, Grüne, FDP – beispiellos ab. Die Linkspartei setzt ihre Pulverisierung fort. Die Bildung der Landesregierungen wird schwierig werden und das politische Fundament der

Berliner Republik hat massive Risse bekommen.

Dieser Wahlausgang hat viel mit den Strukturen in Ostdeutschland zu tun. In Stefan Maus Publikation »Ungleich vereint«,² einer empirisch gesättigten Analyse über Ostdeutschland, findet sich folgende These: »Es gibt [...] im Osten aus strukturellen und historischen Gründen nur ein recht schmales Band zwischen den Regierenden und den Regierten, das sich inzwischen soweit gelockert hat, dass wachsende Gruppen in eine staats skeptische und sogar staats ablehnende Grundhaltung hineingeraten ist.« /112/ Mau, der selbst Vorschläge zur Stärkung der Zivilgesellschaft vorgelegt hat, erwartet zudem keine Besserung: »Wir sind in die Posttransformationsphase übergegangen, die uns klarer als bisher vor Augen führt: Der Osten wird sich dem Westen nicht weiter anverwandeln, zu stark wirken die Prägungen der DDR, die Weichenstellungen der Wiedervereinigung

und die Lasten der Transformationsjahre.« Ungeklärt bleiben diese Wirkungen der doppelten Transformation: Die Umbrüche des Übergangs in eine kapitalistische Ökonomie waren kaum vernarbt, da wurde die Transformation zu einer nicht-fossilen Ökonomie eingeleitet.

Maus Prognose, die auch von den Meinungsforschungsinstituten nahegelegt wurde: »Bei anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland wird die AfD der Macht voraussichtlich so nahe kommen wir noch nie.« Über den Bundesrat wäre sogar eine grundlegende Umgestaltung der politischen Ordnung der Berliner Republik angesagt. »Man hat es, um das Bild der Allmählichkeitsschäden von der Ebene der politischen Kultur auf die der Institutionen zu übertragen, mit einer Art langsamen Einsickern von Wasser in das Fundament eines Hauses zu tun, das ohne wirksame Gegenmaßnahmen die Struktur des ganzen Gebäudes gefährdet.« /123/

Abb. 1: Wahl in Thüringen, Wahlbeteiligung 73,6%, vorläufiges Ergebnis

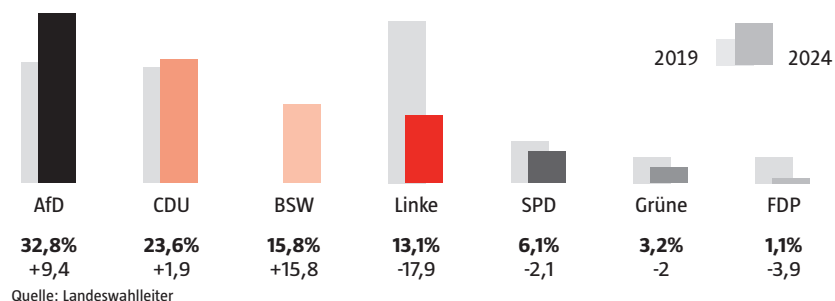


Abb. 2: Wahl in Sachsen, Wahlbeteiligung 74,4%, vorläufiges Ergebnis

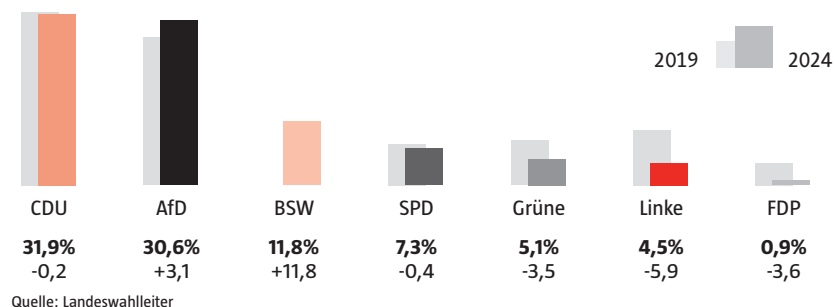
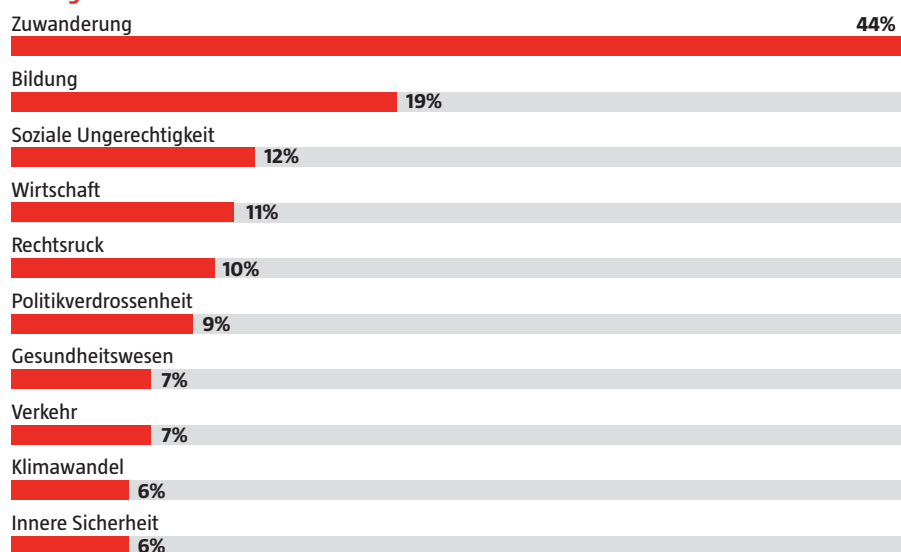


Abb. 3: Wahlentscheidende Themen in Sachsen, die fast gleich mit den Ergebnissen Thüringens sind



Die Ergebnisse der Landtagswahlen von Thüringen und Sachsen bestätigen diese Diagnose (siehe Abb. 1 und 2). In Thüringen sehen wir einen Wahlsieg von Björn Höckes AfD. Auch das nach der ehemaligen Linken-Politikerin Wagenknecht benannte BSW erreicht aus dem Stand ein zweistelliges Ergebnis. Mit den Grünen ist neben der FDP eine weitere Partei aus dem Landtag geflogen.

In Sachsen wird die AfD nur knapp von dem CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer geschlagen, der sich

nicht nur vor dem Wahltermin von der Mehrheitsmeinung seiner Partei mit Kritik an der Waffenhilfe für die Ukraine und der Unterstützung der Kriegsflüchtlinge abgesetzt hat. Dort haben die Grünen knapp den Wiedereinzug in den Landtag geschafft, während Die Linke trotz des Stimmenanteils von 4,5 nur durch zwei in Leipzig gewonnene Direktmandate mit insgesamt sechs Sitzen im Landtag verbleibt.

Bei den Gründen für diesen politischen Erdbeben sind die Wahlfor-

scher*innen weitgehend einig: Viele ostdeutsche Bürger*innen haben sich systematisch zurückgesetzt, abgewertet, entwertet, ja enteignet gefühlt. Die Distanz zu den Eliten und etablierten Parteien wurde verstärkt durch ungelöste Probleme wie Migration, Ausbau des Care-Sektors, Defizite in der Bildungsstruktur. Thematisch waren in beiden Bundesländern die wahlentscheidenden Themen nahezu gleich (zu den Ergebnissen aus Sachsen siehe Abb. 3)

Laut Umfragen trauen der Ampelregierung in Berlin derzeit wenige Wähler*innen zu, das Land nennenswert voranzubringen. Die Zuversicht ist angesichts der schwächelnden Konjunktur gering, die Regierung so unbeliebt wie nie: Nur 20% zeigen sich in Umfragen zufrieden mit der Arbeit des Kabinetts von Olaf Scholz (SPD). Der Absturz der Koalitionsparteien im Bund spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen in Thüringen und Sachsen wider. AfD und BSW profitieren im Osten allerdings deutlich stärker als in westdeutschen Bundesländern.

Der bisherigen Ministerpräsident Thüringens, Bodo Ramelow, sieht seine frühere Parteigenossin, die bei der kommunistischen Plattform das Handwerk der destruktiven Abweichung von der reformorientierten Mehrheitsmeinung kultiviert hatte, seit an der Seite mit den Zerstörern von der AfD agieren. Wagenknecht sei samt ihrer in Aufbau befindlichen Partei ein politisches Phantom: »Sie ist auf allen Plakaten zu sehen, aber sie kandidiert in Thüringen nirgends.« Das war auch schon bei der Europawahl und bei der Kommunalwahl so.

Zugleich irritiert Ramelow, dass sich die CDU einem Bündnis mit dem BSW gegenüber offen zeigt, das habe für ihn ein »gewisses Amusement«. »Mit der Linken darf die CDU wegen der SED-Vergangenheit meiner Partei nicht arbeiten. [...] Mit Frau Wagenknecht schon. Dabei kommt sie nun wirklich

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, Gerd Siebecke Redakteur von Sozialismus.de

¹ Vgl. auch die Einschätzung von Redaktion Sozialismus.de, Alle Augen auf Wagenknecht, Sozialismus.deAktuell 26.8.2024.

² Stefan Mau, Ungleich vereint, Berlin 2024; die Zitate sind, soweit nicht anders angegeben, aus diesem Text.

original aus dieser Denke. Ich war keinen Tag in der SED.« Dass die Landes-CDU die Linke verteufelt, aber mit dem BSW die Zusammenarbeit nicht ausschlieÙe, sei »geradezu absurd«. Die meisten Gründungsmitglieder des BSW hatten ebenso wie die Namensgeberin zuvor der Linken angehört. Eine Dreierkoalition mit beiden, CDU und BSW, will jedoch auch Ramelow nicht ausschließen: »Demokraten sollten immer offen füreinander sein und einander in einer ungewöhnlichen Situation beistehen.« Sein vor der Wahl unternommener Versuch der Sammlung aller Demokraten zur Verteidigung der Berliner Republik war bei den Wahlbürger*innen nicht erfolgreich.

Da die AfD in den ostdeutschen Bundesländern so viel stärker ist als im Westen, üben ihre Politiker*innen einen entsprechend großen Einfluss auf die Bundesebene aus. Ohne sie läuft nichts. Der weitere Schritt zur Machtbeteiligung ist für die AfD geglückt, und die rechtsextreme Bewegung in Deutschland hat einen fest etablierten parlamentarischen Arm. Erfolg haben die AfD und ihr Umfeld auch mit ihrer Medienstrategie. Viel früher als die anderen Parteien nutzten sie die Social-Media-Plattform Tiktok und erreichten damit die junge Generation, wie die Ergebnisse der Europawahl deutlich machten.

Im politischen Berlin, aber auch in den Landeshauptstädten, macht sich

deshalb langsam Panik breit. Was, wenn die AfD, die selbst Marine Le Pen zu extremistisch ist, es schafft, an die Macht zu kommen? Sogar diverse politische Lager haben sich in den letzten Wochen zusammengerauft, um das Bundesverfassungsgericht vor einem solchen Fall zu schützen. Mit verschiedenen juristischen Veränderungen soll das höchste Gericht sturmfest für den Ernstfall gemacht werden.

Dieser Ernstfall könnte in den ostdeutschen Bundesländern bald eintreten. Ganz selbstbewusst plädiert etwa der sächsische AfD-Landesverband für eine rückwärtsgewandte Utopie in Abgrenzung zu der in dem Bundesland seit 1989 praktizierten Politik der CDU. In ihrem Regierungsprogramm »Trau Dich Sachsen« erklärt sie: »Der AfD-Landesverband Sachsen beobachtet mit Sorge und Zorn, wie heute im Namen Europas Wohlstand vernichtet, Freiheit eingeschränkt und Demokratie beschädigt wird. [...] Die seit fast 30 Jahren mit wechselnden Partnern herrschende, berlinhörige CDU hat unseren lebenswerten, traditionsreichen Freistaat weiter und weiter in Sackgassen regiert. Diese Sackgassen heißen unter anderem überregulierter Mittelstand, vernachlässigter ländlicher Raum, explodierende Kriminalität, darbende Bildung und arbeitsplatzvernichtende Energie-Abenteuer. Damit muss endlich Schluss sein! Die AfD Sachsen legt [...] ein Regierungsprogramm vor, das diese Politik beend-

et, einen grundlegenden Richtungswechsel herbeiführt und Sachsen wieder zu dem macht, was es einmal war: eine stolze, familienfreundliche und sichere Heimat. [...] Mit dem Anspruch, Regierungspartei zu werden, wollen wir auch das Initiativrecht des Freistaates im Bundesrat zum Nutzen Sachsens einsetzen. Deshalb scheuen wir uns nicht, auch bundespolitische Forderungen und Lösungsvorschläge in unser Wahlprogramm aufzunehmen. [...] Für uns ist die Abkehr von der »Großen Transformation« (Klimaschutzplan 2050), die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Rückkehr zu einer Energiepolitik, die eine stabile, preiswerte und sichere Stromversorgung gewährleistet, das Fundament unseres Handelns. Wir wollen den Verbrennungsmotor ebenso weiter nutzen wie den einheimischen Primärenergieträger Braunkohle.«

Zusammenfassend heißt es: »Wir sind die Alternative zu einer Partei, die alle Ideale vom November 1989 vergessen hat. Wir sind die Alternative zu einer Partei, die die Begriffe Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu Worthülsen verkommen ließ, weil sie Menschen und deren Leistungen nur nach ihrem Marktwert beurteilte und das Volk der Wirtschaft und der Bürokratie unterordnete. Wir sind die Alternative zu einer Partei, die alle konservativen, patriotischen und freiheitlichen Inhalte über Bord warf, um sich sämtlichen ande-

VSA: Gegen die Schuldenbremse

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Rudolf Hickel

Schuldenbremse oder »goldene Regel«?

Verantwortungsvolle Finanzpolitik für die sozial-ökologische Zeitenwende
Eine Flugschrift | 96 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-96488-226-4

Die Schuldenbremse mit ihrer blockierenden Wirkung auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu streichen und Kredite wieder für öffentliche Investitionen zu nutzen, ist in mehrfacher Hinsicht alternativlos: Ökonomisch wird eine Offensive für Zukunftsinvestitionen ausgelöst. Ökologisch baut diese Transformation der Wirtschaft die Brücke zu einem nachhaltigen Wohlstand.

ren Parteien anzudienen, und die damit Machterhalt vor Politik setzte.«

Auch Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender und Sprecher seiner Partei in Thüringen, hat auf Wahlkampfveranstaltungen sein Programm ausführlich dargelegt: Als Erstes werde er die Medienstaatsverträge kündigen, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Land de facto abschaffen würde. Flugzeuge, die Menschen im Rahmen internationaler Migrationsabkommen nach Thüringen bringen wollten, »bekommen in Thüringen keine Landeerlaubnis mehr, nur noch eine Starterlaubnis«. Und in den Schulen werde selbstverständlich der »Gender-Quatsch« abgeschafft.

Dieses Übergangsprogramm hat einen ideologischen Fixpunkt: Der Osten hat eine ganz besondere Bedeutung für die rechtsextreme Szene. Der intellektuelle Kopf der »Neuen Rechten«, Götz Kubitschek, hat es einmal so ausgedrückt: »Wir haben im Osten so etwas wie eine zweite Chance, ohne diese Fehlentwicklung des Westens, die multikulturelle Gesellschaft, zu leben.«

BSW als Haltepunkt gegen Rechts?

Kann das »Bündnis Sahra Wagenknecht« der letzte demokratische Haltepunkt gegen diese rückwärtsgewandte Politik eines Gesellschafts- und Staatsumbaus sein? Bislang agiert das BSW als Kaderpartei: Die politische Ausrichtung wird von der Namensgeberin selbst festgelegt, die bundesweit ca. 700 Parteimitglieder sind bislang nicht durch eigenständige Diskussionsbeiträge aufgefallen. Die Parteiführung vertritt eine »kontrollierte« Mitgliederaufnahme.

Mit ihrer Ankündigung, an Koalitionsverhandlungen teilnehmen zu wollen, hatte Wagenknecht die Landtagswahlen im Osten zu einem Referendum über die Ampelpolitik in Berlin gemacht. Ihre Koalitionsbedingungen sind rein bundespolitisch: Eine gemeinsame Landesregierung müsse sich gegen die geplanten Stationierungen von US-Marschflugkörpern in Deutschland einsetzen und die Militärhilfe an die Ukraine einstellen.

Die thüringische Spitzenkandidatin des BSW, Katja Wolf, ehemals für Die Linke Oberbürgermeisterin von Eisenach, erklärte in der zentralen Wahldebatte im MDR: Sie wolle nicht ausschließen, dass sie mit der AfD – trotz Landeschef Höcke – zusammenarbeitet: »Ich halte die Stärke der AfD in Thüringen tatsächlich für ein Kernproblem in diesem Land. A für das Image und B für die politische Kultur.« Ihr gehe es »um den richtigen Umgang« mit der Partei. Sie glaube, »dass diese sehr durch Scheuklappen geprägte Art und Weise miteinander umzugehen tatsächlich nicht mehr zeitgemäß ist«. Man müsse »nicht einen normalen, um Gottes willen, aber einen inhaltlichen Umgang« finden. Sie »habe keine übergroße Angst davor, dass die AfD so wahnsinnig viele vernünftige Gesetzesvorschläge einbringt. [...] Aber wenn es so sein soll, dann wird man darüber diskutieren. Dann ist die Macht des Arguments im politischen Raum.«

Eine Zusammenarbeit mit der AfD lehnt die BSW-Spitze klar ab – bei einzelnen Anträgen sprechen sich Parteivertreter*innen allerdings für einen »pragmatischeren« Umgang aus. Co-Parteichefin Amira Mohamed Ali schließt eine Zusammenarbeit in der Form aus, »dass man sich abspricht, gemeinsame Anträge stellt oder gar Koalitionen eingeht«. Nicht grundsätzlich schloss sie allerdings aus, AfD-Anträgen in bestimmten Fällen zuzustimmen. »Da die AfD aber in aller Regel Anträge stellt, die inhaltlich sehr schlecht sind, stellt sich diese Frage äußerst selten.« Die nächste Landesregierung müsse »den Ukraine-Krieg ablehnen« – genau wie die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen.

Der Thüringer CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt forderte das BSW auf, sich zu möglichen Mehrheiten für AfD-Gesetze zu äußern. »Das hat eine neue Qualität. Da muss sich Frau Wagenknecht grundsätzlich erklären«, sagte der Landesparteichef nach der TV-Runde. Bei der Diskussion im MDR sei deutlich geworden, dass sich das BSW offensichtlich vorstellen könne, eine AfD-Minderheitsregierung zu tolerieren. Trotz dieser scharfen Kritik schloss Voigt eine Zusammenarbeit der Union

mit der neu gegründeten Partei weiter nicht aus.

Programmatische Überschneidungen und Differenzen

Die AfD und das BSW sind die großen Gewinner der Landtagswahlen in Sachsen und in Thüringen. Die AfD, deren Verbände in beiden Ländern vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft sind, ist die stärkste bzw. zweitstärkste Partei, und das BSW als drittstärkste Kraft in beiden Ländern wäre wohl für Tolerierungsoperationen offen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer kurz vor den Wahlen veröffentlichten Studie³ programmatische Überschneidungen und Differenzen untersucht und dabei festgestellt, wie stark sich die Positionen des BSW von der Partei Die Linke, aus der sie erst kürzlich hervorgegangen ist, unterscheiden. Schlussfolgerung: Eine Verteidigung der grundgesetzlichen demokratischen Ordnung durch das BSW ist eine Illusion.

Insgesamt kommt der DIW-Präsident Marcel Fratzscher zu der These: »Für Thüringen und Sachsen zeigt sich ein klares Bild: Die Positionen von AfD und BSW überschneiden sich sehr stark in der Klima- und der Innenpolitik sowie in manchen Bereichen der Gesellschaftspolitik. Beide Parteien lehnen Zuwanderung ab und sehen Vielfalt und eine offene Gesellschaft höchst kritisch. Sie haben beide ein konservatives Gesellschafts- und Menschenbild, in dem Vielfalt wenig Wertschätzung erfährt. Ähnliches gilt für die Innenpolitik, bei der beide Parteien beispielsweise den Überwachungsstaat ausweiten wollen.

Die AfD will die Zuwanderung nach Deutschland stark reduzieren. Mehr noch, sie trägt mit ihrer Politik und Rhetorik dazu bei, dass sich die Willkommenskultur in den ostdeutschen Ländern verschlechtert und dass dadurch das Anwerben von ausländischen – aber teilweise auch inländischen – Fachkräften erheblich erschwert wird.

³ Marcel Fratzscher, AfD und BSW in Thüringen und Sachsen: Regierungsverantwortung wäre ein gefährliches Experiment, DIW aktuell Nr. 95, 12. August 2024.

Zuletzt haben sich große Chipproduzenten wie TSMC und Intel in Mitteldeutschland angesiedelt. Mit ihnen wächst jedoch auch der Bedarf an Fachkräften. Die AfD könnte zum Standortrisiko werden.

Das BSW vertritt zum Teil identische Positionen. Genau wie die AfD ist sie etwa in Sachsen für eine konsequentere Abschiebung von ausreisepflichtigen Migrant*innen und für Grenzkontrollen – im Gegensatz zur Partei Die Linke. Bei der Verteidigungspolitik, der Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland vertreten AfD, BSW und Linke ähnliche Positionen.

AfD und BSW sind strikt gegen fast jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz. Sie leugnen entweder den vom Menschen gemachten Klimawandel oder sehen zumindest kaum eine Notwendigkeit für Maßnahmen, die Klima und Umwelt schützen. AfD und BSW stehen neutral oder positiv Atomkraft gegenüber, sind gegen eine schnellere Erhöhung des CO₂-Preises und gegen die stärkere Förderung von Photovoltaik.

Auch in der Gesellschaftspolitik sieht Fratzscher große Überschneidungen zwischen AfD und BSW und gleichzeitig signifikante Differenzen zwischen Die Linke und BSW. In Sachsen sind AfD und BSW gegen eine verpflichtende Frauenquote in öffentlichen Institutionen, gegen die Möglichkeit in Schulen geschlechtliche Vielfalt sprachlich darzustellen und setzen sich nicht für eine größere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen, die sie direkt betreffen, ein. Die Linke dagegen befürwortet alle drei dieser Positionen. In Thüringen sind AfD und BSW gegen die Akzeptanz unterschiedlicher Sprachformen in Schulen, um geschlechtliche Vielfalt auszudrücken. Und beide sind gegen kostenlose Sprachkurse für Geflüchtete, unabhängig von deren Bleibeperspektive.

Unterschiede zwischen AfD und BSW bestehen vor allem in der Sozialpolitik. Die AfD will die sozialstaatlichen Leistungen kürzen oder auf bestimmte Gruppen beschränken. Das BSW dagegen sieht in manchen Bereichen eine stärkere Rolle des Sozialstaats und der sozialen Sicherungssysteme und will

diese punktuell sogar ausweiten. So will das BSW beispielsweise die Mietpreisbremse in Dresden und Leipzig beibehalten, die AfD will diese abschaffen. In Thüringen dagegen ist das BSW sehr kritisch gegenüber manchen sozialen Leistungen und unterscheidet sich hierbei auch stark von Die Linke. Anders als Die Linke will das BSW in Thüringen kein Landespflegegeld für Bedürftige, ist für harte Sanktionen beim Bürgergeld und lehnt es ab, dass Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam unterrichtet werden.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik positioniert sich das BSW zwischen den Grünen, der SPD, der Partei Die Linke und der rechtsextremen AfD. Die AfD befürwortet eine extrem neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit Steuersenkungen für Spitzenverdiener*innen und generell weniger Staat und mehr Markt in fast allen Wirtschaftsbereichen. Das BSW dagegen sieht durchaus eine Rolle für den Staat in der Wirtschaft, wenn auch bei weitem nicht so stark wie Die Linke. In Sachsen will die AfD beispielsweise keine Vermögenssteuer und sie will an der Schuldenbremse festhalten. Das BSW dagegen will – ähnlich wie Die Linke – eine Vermögenssteuer einführen und die Schuldenbremse reformieren oder abschaffen. In Thüringen ist das BSW gegen eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung, aber auch gegen die Abschaffung der Grunderwerbsteuer.«⁴

Aufgeklärter Konservatismus?

Viele Bürger*innen im Osten sind der Politik überdrüssig. 30 Jahre lang haben sich ihr Leben und die Welt um sie herum radikal verändert. Nun wollen sie einfach unbehelligt bleiben. So hat sich eine tiefe Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschen ergeben. Verstärkt wird das Problem dadurch, dass es eine langfristige Bindung an Parteien, wie sie im Westen nach dem Krieg zeitweilig entstanden war, nicht gibt.

Der schnelle Aufstieg des BSW zeigt, wie sehr sich die ostdeutsche Politik im Umbruch befindet. Der zunehmende Einfluss der neuen Partei wird auch als Disruption, also Störung, beschrie-

ben. Wagenknecht charakterisiert die Position ihrer Partei folgendermaßen: »Ich glaube, dass wir einfach das vertreten und verkörpern, wofür viele Parteien nicht mehr stehen: etwa einen aufgeklärten Konservatismus im Sinne des Erhalts von Traditionen, von Sicherheit auf Straßen und öffentlichen Plätzen, aber auch von Arbeitsplätzen, gesundheitlicher Versorgung und Renten. Das Bedürfnis nach Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit hat bei uns eine neue politische Heimat gefunden.«

Wenn man das Programm »des BSW anguckt, kann man sagen, dass es auf Menschen ausgerichtet ist, die auf der einen Seite ökonomisch eher linke Positionen vertreten, aber auf der gesellschaftspolitischen Achse konservative Einstellungen haben«, sagt Daniel Seikel, Forscher bei der Hans-Böckler-Stiftung, die im Juni eine Analyse der BSW-Anhänger veröffentlichte.⁵ »Das erklärt auch ein Stück weit, warum das BSW so beliebt ist bei Wählern und Wählerinnen, die zuvor die Linke oder die AfD gewählt haben.«

Der politische Erdbeben der beiden Landtagswahlen signalisiert die Gefahr, dass wir auf ein anderes Deutschland zusteuern könnten. Die Aufforderung des Bundeskanzlers Olaf Scholz, es gelte feste Allianzen gegen die Parteien der modernen Rechten zu schmieden, ist ein weltfremder Rat. In ostdeutschen Bundesländern jedenfalls vertraut eine Mehrheit der Bevölkerung ihre Enttäuschungen und Frustrationen zwei populistischen Parteien an. Ohne Lösungen der gravierenden gesellschaftlichen Probleme wird es keine Rückkehr in das demokratische Fahrwasser geben.

⁴ Ebenda

⁵ Helge Emmeler/Daniel Seikel: Wer wählt »Bündnis Sahra Wagenknecht«? WSI Report, Düsseldorf, Juni 2024.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

